

Sonderbürgerschaft: Kommt Lübecks dritter Bürgerentscheid?

Sieben Mal wollten die Hansestädter eine Volksabstimmung erzwingen – Geklappt hat es bisher aber nur drei Mal – Doch seit 2013 sind die Hürden wesentlich niedriger

Von Josephine von Zastrow

Innenstadt. Das Volk entscheidet. Das ist der Gedanke eines Bürgerbegehrens. Und deshalb tagt heute die Stadtvertretung um 16 Uhr. Einzige Aufgabe: Den Termin für den Bürgerentscheid über die Linden an der Untertrave festlegen. Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) hat als Wahltermin den 18. Dezember vorgeschlagen. Der Beschluss gilt als Formalie. Doch in der Bürgerschaft wird ein Schlagabtausch erwartet, da dort Befürworter und Gegner aufeinandertreffen.

Thema des Bürgerentscheids: Die Frischzellenkur der Untertrave für 15,6 Millionen Euro – mit oder ohne Linden. Die Bürgerinitiative „Lübecks Linden leben lassen“ will, dass bei dem Umbau der Untertrave die 48 Linden stehenbleiben. Unterstützt werden sie von der GAL-Fraktion. Ihr Argument: Die Neugestaltung der Untertrave sei mit den Linden möglich, und es würde dafür Geld von EU, Bund und Land geben. Das sehen Stadt und SPD, CDU, BfL, FDP, Freie Wähler und Linke anders. Sie wollen die Umgestaltung der Untertrave mit 60 neuen Bäumen – und dafür die 48 Linden abholzen. Ihr Ar-

gument: Nur so kann die Straße zur Flaniermeile ausgebaut werden – und nur so fließt Geld. Zugesagt sind 10,2 Millionen Euro von EU, Bund und Land. Die Stadt muss 3,9 Millionen Euro zahlen, die Anwohner 1,7 Millionen Euro. Die Grünen sind unentschlossen, wollen die Bürger entscheiden lassen.

Der Bürgerentscheid ist ein zweistufiges Verfahren: Erst werden Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt. Wenn genügend beisammen sind, kommt es zum Entscheid. Das ist eine Wahl wie jede andere auch – nur zu einem Thema. In Lübeck gab es bisher sieben Anläufe, einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Vier scheiterten, weil beim Bürgerbegehren nicht genügend Stimmen zusammenkamen, um einen Bürgerentscheid zu erzwingen.

Der erste Bürgerentscheid kam 1991 zustande. Da ging es um die Umwandlung der Otto-Anthes-Schule in die Prenski-Gesamtschule. Allerdings bekamen die Gegner der Umwandlung beim Bürgerentscheid nicht genügend Stimmen. Bürgerentscheid Nummer zwei: Im April 2010 haben die Bürger über den Erhalt des Flughafens entschieden. Das war der erste er-



folgreiche Bürgerentscheid in Lübeck. Die Wahlbeteiligung lag bei 31,4 Prozent. Für den Erhalt des Airports stimmten 67,4 Prozent, dagegen waren 32,6 Prozent.

Bis 2013 galt: Ein Bürgerbegehren muss von zehn Prozent der Bürger unterstützt werden. Beim Bürgerentscheid mussten mindestens 20 Prozent der Wahlberechtigten mit Ja stimmen. Für das Bürgerbegehren beim Flughafen mussten fast 18 000 Unterschriften gesammelt werden. Der Entscheid wurde mit mindestens 35 000 Ja-Stimmen gewonnen. Doch diese Hürden waren der Kieler Regierung aus SPD, Grünen, SSW und Piraten zu hoch. Sie senkten sie. Seit 2013 reichen vier Prozent der wahlberechtigten Bürger für das Bürgerbegehren. Das sind gut 7000 Unterschriften.

Beim Bürgerentscheid müssen am Wahltag mindestens acht Prozent zustimmen – das sind 14 000 Lübecker.

Durch diese neue Regel hätte es 2014 fast einen dritten Bürgerentscheid gegeben. Für die Direktwahl des Seniorenbeirats hatten Bürger gut 9000 Unterschriften gesammelt. Doch statt einen Bürgerentscheid anzuberaumen, hat die Bürgerschaft klein beigegeben – und sich für der Erhalt der Direktwahl des Seniorenbeirats entschieden.

Damit ist der bevorstehende Bürgerentscheid zu den Linden der dritte in 25 Jahren. Der Bürgerentscheid kostet die Stadt 180 000 Euro. Zur Abstimmung sind 175 000 wahlberechtigte Lübecker gerufen. Wer wie die Initiative die Linden erhalten will, stimmt mit Ja. Wer die Neugestaltung der Untertrave nach den Plänen der Stadt will, kreuzt Nein an. Es muss mindestens 14 000 Ja-Stimmen geben – und es müssen mehr sein als die Nein-Stimmen. Verliert die Bürgerinitiative, entscheidet die Bürgerschaft, wie es weitergeht. Gewinnt die Bürgerinitiative, muss die Stadt die Frischzellenkur der Untertrave neu planen – mit den 48 Linden.